

Stadtratssitzung vom 8. Februar 2012

(Zu den Punkten 7, 9 bis 13: Haushaltspolitik 2012)

Franz Hertel, Vorsitzender der DKP-Fraktion im Stadtrat Püttlingen

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

es gibt in der öffentlichen Diskussion einen Punkt, der wie kein anderer schon seit Monaten das Denken und Handeln der Akteure auf allen politischen Ebenen bestimmt: die Schuldenbremse. Deswegen ist es auch undenkbar, dass heute im Stadtrat über die Haushaltspolitik für 2012 entschieden wird, ohne eine klare Position zur Schuldenbremse zu beziehen.

Bestimmte Leute werden nicht müde, damit zu argumentieren, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert sei und demgemäß ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt werden müsse. Auf diese Weise stehen auch die Kommunalpolitiker unter dem Damoklesschwert ‚Schuldenbremse‘ und werden quasi gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die wir gegenüber den Bürgern nicht vertreten können. Allerdings gehören die Kommunisten nicht zu denen, die solche Kröten zu schlucken bereit sind und jede „Schweinerei“ mitmachen.

Gesetze sind einzuhalten? Dem will ich nicht widersprechen. Aber jede Sache hat zwei Seiten, auch die Schuldenbremse. Wer aber nur die eine Seite favorisiert, nämlich das Sparen; lenkt von der Tatsache ab, dass Einnahmeverbesserungen die bessere Alternative sind, zumindest für die Masse der Bevölkerung. Und dafür treten wir ein.

Wir haben von Anfang an vor der Schuldenbremse gewarnt, weil unser Land damit kaputt gespart wird und es gibt genügend Fachleute, die unsere Besorgnisse teilen. So hat erst vorige Woche der Ökonom Gustav Horn erklärt, dass das Saarland die Schuldenbremse nicht einhalten kann (SZ vom 1.2.12). Wir sind der Meinung, dass statt massiver Kürzungen bei Bildung, Forschung, Kultur und sozialen Projekten endlich Überlegungen angestellt werden müssen, wie die Verursacher der gegenwärtigen Finanzkrise zur Verantwortung gezogen werden. Initiativen für die Einführung der Vermögenssteuer, der Finanztransaktionssteuer und weiterer Maßnahmen, die das Geld dort nehmen, wo es reichlich vorhanden ist, sind jetzt gefordert. Auf diese Weise kann auch den Kommunen geholfen werden.

Uns ist natürlich bekannt, dass darüber nicht in Püttlingen entschieden wird, aber von hier aus müssen solche Forderungen unterstützt werden. Wenn in den Städten und Gemeinden immer nur dem Druck von oben nachgegeben und brutale Rotstiftpolitik hingenommen wird, fühlt sich die Obrigkeit in ihrer

bürgerfeindlichen Politik bestätigt und zieht die Schrauben noch stärker an. Dagegen hilft nur aktiver Widerspruch. Die Öffentlichkeit muss merken, dass in den Kommunen nicht mehr alles hingenommen wird.

Soweit einige Vorbemerkungen, um klarzustellen, von welcher Position aus wir als DKP an die vorgeschlagene Haushaltssanierungsplanung herangehen.

Nachdem im Dezember 2010 der erste Teil eines Sanierungsplanes beschlossen wurde, soll diesmal die zweite Stufe dieses Rotstiftkonzeptes folgen, die für den Zeitraum 2012 bis 2015 gültig ist und von der Bezugsgröße 3,3 Millionen Euro ausgeht. Rund 330.000 Euro sollen dabei „weggezaubert“ werden.

Nun sind kumuliert knapp eine halbe Million Euro auf der Streichliste zu finden. Im Einzelnen sind es Positionen im Verwaltungsbereich, bei der Feuerwehr und im Personalbereich. Vor allem die Liquidierung der Stelle einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten, die Auflösung der Kunstschule und die Streichung der Stelle im städtischen Archiv sind für uns nicht nachvollziehbar.

Auch die exorbitante Erhöhung der Friedhofsgebühren hat für die Reduzierung des Haushaltsdefizits erhalten müssen. Weitere Abstriche sind geplant. So sollen - um nur einige Beispiele zu nennen - die Vereine stärker zur Kasse gebeten werden durch höhere Hallenbenutzungsgebühren, Abwälzung von Kosten durch die Übertragung der wirtschaftlichen Trägerschaft von Sportanlagen auf die Vereine. Auch der Zuschuss für die Musikschule soll reduziert werden, Zuschüsse für Betriebsausflüge des Personals fallen weg.

Natürlich sollte man über Maßnahmen zur Energieeinsparung nachdenken, auch über einzelne Kürzungen bei Werbung und Marketing kann man durchaus Überlegungen anstellen. Aber hier geht es nicht um Einzelmaßnahmen, wir haben es mit einem Gesamtkonzept zu tun, das unter dem Druck der Schuldenbremse diktiert wird und alle Belastungen nach unten - zu den Bürgern, zu den Vereinen, zu den Ehrenamtlichen – weitergibt, also an jene, die ohnehin bis aufs äußerste gefordert sind.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass uns das Land zwingt, brutale Abstriche an den Leistungen für die Menschen unserer Stadt zu beschließen, die Regierung selber aber nichts unternimmt, um die Einnahmeseite (z.B. durch die bereits erwähnte Vermögenssteuer) zu erhöhen.

Die DKP erklärt: Wir können auch die letzten Reste der freiwilligen Ausgaben streichen, die Steuern und Gebühren noch weiter anheben, dennoch wird unsere Stadt nicht aus eigener Kraft aus der Misere herausfinden. Auch das neue Sanierungsprogramm ist zum Scheitern verurteilt. Den Städten und Gemeinden muss endlich durch die Schaffung eines kommunalen Entschuldungsfonds geholfen werden. Dafür ist das Land gefordert!

Wie eng das finanzielle Korsett der Stadt ist, macht auch das vorgelegte Investitionsprogramm deutlich. Es ist äußerst bescheiden und weist im Wesentlichen Ersatzbeschaffungen aus, bei der Feuerwehr sind wenige unumgängliche Maßnahmen eingeplant. Insgesamt schlagen 506.000 Euro zu Buche, wobei über 260.000 Euro durch neue Schulden finanziert werden müssen. Wir wissen, dass einige Investitionen auch über den Eigenbetrieb umgesetzt werden. Aber auch da sind die Grenzen eng gezogen, vieles Notwendige bleibt auf der Strecke. Hier – wie übrigens auch im Personalbereich – wird ziemlich kurz getreten.

Erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen zur Haushaltssatzung.

Der Haushaltsetat für 2012 zeigt einige Verbesserungen (z.B. bei den Zuweisungen aus der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen) und geht von der Reduzierung der Regionalverbandsumlage aus. Es ist auch begrüßenswert, dass sich das jahresbezogene Defizit (entgegen allen Erwartungen) auf 3,86 Millionen Euro reduziert. Dennoch ist für uns kein „Silberstreif am Horizont“ zu erkennen, wie das Bürgermeister Speicher im Ausschuss prophezeit hat. Wie übel die Lage aussieht, macht der Ansatz von 48 Millionen Euro für die Liquiditätssicherung deutlich. Nur auf Pump ist die Stadtkasse in der Lage, Personal und andere Verpflichtungen zu bezahlen. Dass 8,1 Millionen Euro notwendig sind, um die Verluste des Eigenbetriebes abzudecken, unterstreicht den Ernst der Lage, zumal in absehbarer Zeit keine Entwarnung zu erwarten ist.

Wir wollen und können keine Politik mittragen, die zu so einer skandalösen Notlage geführt hat.

Die DKP sagt **Nein zum „Sanierungskonzept“ und dem Erlass der Haushaltssatzung.**

Dem Investitionsprogramm stimmen wir zu, obwohl es äußerst bescheiden ist, **beim Stellenplan üben wir Stimmenthaltung**, weil wir die Streichung der bereits erwähnten Stellen ablehnen.

Auch beim **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes heißt es Stimmenthaltung**, weil sich hier der von uns abgelehnte Haushaltsanierungsplan am stärksten widerspiegelt.

Noch ein kurzes Wort zur aktuellen Lage. Die Jamaika-Koalition in Saarbrücken ist geplatzt und am 25. März finden Neuwahlen statt. Schon jetzt wird von einer Großen Koalition danach geredet und nicht wenige fragen sich, warum man da überhaupt noch wählen soll. Für die DKP kann ich dazu nur sagen: Große Koalitionen sind immer ein Übel für das Volk, wie Erfahrungen der Vergangenheit beweisen. Deswegen sind wir dagegen. Darum werden wir auch dem heute vorgelegten Rotstiftprogramm eine Absage erteilen.